

---

**7791/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 05.05.2011**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Wirtschaft, Familie und Jugend

## **Anfragebeantwortung**

Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara PRAMMER

Parlament  
1017 Wien

Wien, am 4. Mai 2011

Geschäftszahl:  
BMWJ-10.101/0078-IK/1a/2011

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 7896/J betreffend "den Frauenanteil in Aufsichtsräten im staatsnahen Bereich", welche die Abgeordneten Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen am 8. März 2011 an mich richteten, stelle ich fest:

### **Antwort zu den Punkten 1 bis 3 der Anfrage:**

Diesbezüglich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1368/J verwiesen werden.

### **Antwort zu den Punkten 4 bis 10 der Anfrage:**

Es sind folgende Personen in Aufsichtsräte von Unternehmen im Sinne des Beschlusses der Bundesregierung vom 15. März 2011 entsendet bzw. gewählt:

<b>Unternehmen</b>	<b>Vertreter</b>	<b>Tätigkeitsbeginn<sup>1</sup></b>	<b>ressortfremd</b>
Verbund AG	Mag. Harald KASZANITS	7.4.2010	nein
Austria Wirtschaftsservice GmbH	Dr. Stephan KOREN		ja
	Dr. Stefan RIEGLER	23.6.2009	nein
	Dr. Thomas UHER	21.7.2009	ja
Österreichische ForschungsförderungsgmbH	Präs. KR DI Johann MARIHART		ja
	Prof. DI Dr. Jürgen STOCKMAR		ja
Austrian Development Agency	SC Mag. Bernadette GIERLINGER	10.3.2011	nein
Bundesbeschaffung GmbH	SC Mag. Herbert PREGLAU		nein
	Präs. KR DI Johann MARIHART		ja
Familie & Beruf Management GmbH	Mag. Regina HARTWEG-WEISS		nein
	Mag. Maria ULMER		nein
BIG Bundesimmobilien GmbH	Mag. Michaela STEINACKER		ja
	DI Horst PÖCHHACKER		ja
	DI Wolfgang POLZHUBER		nein
	DI Herbert KASSER		ja
Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgmbH	SC iR DI Hans MÜLLER		nein
	KR Mario REHULKA		ja
	HR DI Wolfgang BEER, Burghauptmann iR		nein
	Dr. Eva GAISBAUER		ja
	Dr. Gerhard POPP		ja
	Dr. Friedrich RESEL		ja
Schönbrunner Tiergarten GmbH	Dr. Rudolf NAGILLER		ja
	Dr. Walter FUCHS		nein
	Gen.Dir. Dkfm. Dr. Leo WALLNER		ja
	Knut BEITL		ja
Marchfeldschlösser Revitalisierungs- und BetriebsgmbH	Mag. Karin FUHRMANN	25.5.2009	Ja
	Doris BRANDECKER-KNERER	25.5.2009	ja
	DI Wolfgang POLZHUBER		nein
	Mag. Christian WEINBERGER	25.5.2009	ja
Energie-Control GmbH (ab 22.3.2011 Energie-Control Austria)	Univ.-Prof. Dr. Walter BARFUSS		ja
	SC Mag. DI Dr. Alfred MAIER		nein
	Mag. Sylvia HOFINGER	30.3.2010	nein
	GD Dr. Georg OBERMEIER		ja
Museumsquartier Errichtungs- und BetriebsgmbH	DI Michael HLADIK		nein

<b>Unternehmen</b>	<b>Vertreter</b>	<b>Tätigkeitsbeginn<sup>1</sup></b>	<b>ressortfremd</b>
Graz-Köflacher Bahn- u. Busbetrie- be GmbH	DI Wolfgang GLEISSNER		ja

<sup>1</sup> sofern seit 1.3.2009 erfolgt (Punkte 6 und 9 der Anfrage)

Bemerkt wird, dass in der Austrian Business Agency GmbH kein Aufsichtsrat eingerichtet ist.

### **Antwort zu den Punkten 11 bis 17 der Anfrage:**

Diesbezüglich darf auf den als Beilage angeschlossenen Beschluss der Bundesregierung vom 15. März 2011 betreffend "Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50% und darüber" verwiesen werden.

Beilage

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIN  
FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST



Bundesministerium für  
Wirtschaft, Familie und Jugend

GZ BKA-140.200/0048-II/1/2011

**93/23**

### VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50% und darüber

#### Präambel

Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben muss in einer modernen Gesellschaft des 21. Jahrhundert selbstverständlich werden.

Analysen der Aufsichtsratsmandate großer österreichischer Kapitalgesellschaften zeigen seit Jahren das gleiche Bild. Der Anteil an weiblichen Aufsichtsratsmitgliedern stagniert bei rund 10%.

Aus dem letzten Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2007 und 2008 geht deutlich hervor, dass Frauen in den Vorständen bzw. Geschäftsführungen und Aufsichtsräten ebenfalls eklatant unterrepräsentiert sind, zuletzt lag ihr Anteil bei 11,6 und 16,1%.

Das Europäische Parlament begrüßt in seiner Resolution von Februar 2010 die Entscheidung der norwegischen Regierung, den Anteil von Frauen in Vorständen privater und staatlicher Unternehmen auf mindestens 40 % zu erhöhen, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dem positiven Beispiel Norwegens zu folgen und ebenfalls solche Initiativen zu ergreifen.

Zahlreiche Studien belegen zudem, dass sich höhere Frauenanteile in Unternehmen wirtschaftlich lohnen und positiv auf das Betriebsergebnis auswirken: Unternehmen mit höherer Repräsentation von Frauen im Top-Management erzielen weit bessere Renditen. Es muss daher ein zentrales Anliegen sein, den Frauenanteil in diesen Funktionen sukzessive zu erhöhen. Langfristiges Ziel ist ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den Aufsichtsgremien der Unternehmen.

### **Vorhaben**

Die Bundesregierung verpflichtet sich, in den Unternehmungen, an denen der Bund mit 50% und mehr beteiligt ist, einen Frauenanteil an der Bundesquote im jeweiligen Aufsichtsgremium von 25% bis 31.12.2013 zu erreichen. Bis spätestens 31.12.2018 ist ein Anteil von 35% zu erreichen. Es wird angestrebt, die oben beschriebenen Quoten auch im gesamten Gremium umzusetzen.

Die Bundesregierung wird daher auf die anderen in die betreffenden Gremien entsendenden EigentümerInnen und ArbeitnehmervertreterInnen im Sinne dieses Ministerratsbeschlusses einwirken.

Es ist einmal jährlich ein gemeinsamer Fortschrittsbericht des BMWFJ und des BKA über die Zielerreichung dem Ministerrat vorzulegen. Die jeweils für die betroffenen Unternehmen zuständigen Ressorts werden dazu die entsprechenden Informationen bereitstellen.

Sollte diese Selbstverpflichtung bis 31.12.2018 nicht zu einem mindestens 35%igen Anteil an weiblichen Aufsichtsratsmitgliedern an der Bundesquote führen, werden weiterführende gesetzliche Maßnahmen eingeleitet.

Wir stellen den

**A n t r a g ,**

die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und beschließen.

14. März 2011

Die Bundesministerin für Frauen und  
öffentlichen Dienst:  
Gabriele Heinisch-Hosek

Der Bundesminister für Wirtschaft,  
Familie und Jugend:  
Reinhold Mitterlehner